

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 13. Oktober. Se. Majestät der König haben Allernädigst
berüht: Dem Geheimen Bergrath Evers zu Halle im den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Goldschreiber Joseph Hagedorn zu Düllken, im Kreise Kempen, zu Rother Adlerorden vierter Klasse, dem Legationsrat Jordán I. beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten den Königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem Leutnam a. D. und Gutsbesitzer Gustav Ludwig Kessler zu Reinsdorf im Kreise Lützenwalde und dem Königlichen niederländischen Kapitan und Kommandanten der Gendarmerie zu Mastricht, Jean Frédéric Meyer, dem Königlichen Kronenorden vierter Klasse, dem Superintendenten Causse zu Dramburg das Kreuz der Ritter des Königlichen Haussordens von Hohenlohe, dem Schullehrer und Organisten Truny zu Hassel im Kreise Tebnitz und dem pensionirten Regierungs-Hauptmann-Dienner Hübisch zu Köslin das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Schiffs-Kapitän Johann Jürgen Krohn, Führer des Blankenauer Schooners "Maria", die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen.

Der bisherige Landgerichts-Assessor Mede hier selbst ist zum Reichsanwalt bei dem Ober-Tribunal ernannt worden.

Bei der höheren Bürgerschule zu Düren ist der ordentliche Lehrer Dr. Hermann Schwarz zum Oberlehrer ernannt worden.

Das 38. Stück der Gesetzesammlung, welche enthalten unter Nr. 5949 das Privilegium wegen haber lautender Kreis-Obligationen des Bonn 48,000 Thalern, vom 2. Septbr. 1864; unter Nr. 5951 die Bekanntmachung, betreffend Ausfertigung auf den Inhaber lautender Amtsburger Kreises im Betrage von 50,000 Thalern unter Nr. 5952 die Bekanntmachung, betreffend Errichtung der unter der Firma: "Bochumer Bo. dem Sitz zu Bochum errichteten Aktiengesellschaft unter Nr. 5952 den Allg. Ertrag vom 7. Oktbr. 1846, (Gelehrte Bandordnung vom 5. Oktober 1846, (Gelehrte Debits-Comtoir der Gesetzesammlung, den 12. Oktober 1864.

Debits-Comtoir der Gesetzesammlung.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, 12. Oktober, Nachmitt. Das "Dresdener Journal" schreibt: In Berlin ist heute die Unterzeichnung des Vertrages über den Beitritt Bayerns, Württemberg, Hessen-Darmstadts und Nassaus zum neuen Zollverein erfolgt.

Frankfurt a. M., 12. Oktober, Nachmitt. Nach einem Wiener Telegramm der "Postzeitung" ist bereits in der gestrigen Sitzung der Konferenz bezüglich der Finanzfrage ein Kompromiß erreicht worden. In der heutigen Sitzung sind nur noch Nebenfragen zu erledigen, und würde dann die Paraphirung des Friedensinstruments beginnen.

Hamburg, 12. Oktober, Abends. Der Großfürst Thronfolger von Russland ist über Kiel hier eingetroffen und wird dem Vernehmen nach morgen früh über Harburg nach Darmstadt abreisen.

Zur Aufhebung der Buchergesetze.

Das Vorsteheramt der Königberger Kaufmannschaft hat an den Handelsminister ein dringendes Gesuch um schleunige Suspension der Buchergesetze gerichtet und dasselbe abschriftlich anderen Handelsvorständen mitgetheilt. Es ist zu wünschen und zu erwarten, daß dieselben sich ihm anschließen werden; denn allem Anschein nach wird die jetzige Geldkrise nicht so schnell vorübergehen, wie die von 1857, welche die Aufhebung der Buchergesetze zur Folge hatte. Die heutige Krise beruht zum Theil auf anderen Ursachen, als die von 1857, und wenngleich sie nicht so intensiv auftritt, wie jene, sind dafür die Ursachen nicht so schnell zu beseitigen, wie damals. Sie liegen dieses Mal nicht allein in der Über spekulation. Das Entstehen zahlreicher Banken in den fünfzig Jahren hatte Unmassen von Wertzeichen auf den Geldmarkt gebracht und die Spekulation in einem Grade angeregt, daß die Grenzen des soliden Kreditgebens und Nehmens vollständig verloren gegangen waren. Das über das Bedürfniß geschaffene Geld wurde mehr ausgeboten, als gesucht, und demgemäß auch angenommen, um damit unsichere Geschäfte zu wagen. Durch die Krise sank die Spekulation, aber sie hatte inzwischen wieder dergestalt zugenommen, daß die Mittel der Bank-Institute oft nicht ausreichten, um allen Kreditforderungen zu genügen. Doch war die Spekulation besonnener, die Banken selbst waren durch die Erfahrung vorsichtiger gemacht, und das Charakteristische der jetzigen Krise wird sich nicht darin zeigen, daß ihr eine Menge von Fallleitungen folgt, sondern darin, daß der Kredit übermäßig erschwert und damit Industrie, Handel und jede nützliche Unternehmung gelähmt wird. Gegen dieses Uebel, unter dem hauptsächlich der Landmann leidet, da er ohnehin durch niedrige Preise der Cerealen gedrückt ist, also mehr Kredit als gewöhnlich bedarf, kann nur die zeitweise Suspension oder Aufhebung der Buchergesetze schützen.

Die Hauptursache der jetzigen Krise liegt in dem Metallabfluß nach dem Auslande, und nur durch Erhöhung der Diskonto-Sätze kann hier entgegengewirkt werden. Die englische Bank ist der Thermometer für das Festland, ihr folgen die anderen Banken Schritt für Schritt, was dieses Mal um so mehr motivirt ist, als die Ursache der Krise in Amerika zu suchen ist. Die Baumwolllieferungen aus Amerika haben infolge des Krieges nachgelassen, und Europa ist mit seinem Bedarf auf Ostasien angewiesen. Auch wenn der Frieden in Amerika hergestellt sein wird, ist doch die Kultur der Baumwolle so vernachlässigt, und der Vorrath so sehr erhöpt, daß Europa noch für lange, vielleicht für immer, mit seinem Bedarf auf Ostasien angewiesen sein wird. Dies um so mehr, als in Amerika die Fabrikation baumwollener Stoffe unter dem Schutze hoher Eingangssätze erheblich gesteigert, die Ausfuhr also für immer beschränkt bleibt. Der bisherige Waarenaustausch mit Amerika, das vor dem Kriege fast ausschließlich mit Wechseln bezahlt wurde, wird demnach einen

Stoß erleiden und wir sind genötigt, unsere Baumwolle, die wir aus Ostasien beziehen, mit baarem Gelde zu bezahlen. Der Silberabfluß nach Indien und China war daher so bedeutend, daß die Banken, um das Silber im Lande zu erhalten und ihre Wechselportefeuilles nicht zu sehr anschwellen zu lassen, zur Erhöhung des Diskonto's gezwungen waren.

Die Maafregel ist an und für sich ganz gerechtfertigt, aber sie hat wieder einmal die Unhaltbarkeit unserer Buchergesetze klar dargelegt, weil sie alle Diesenigen von ihrem Kredite ausschließt, welche eigentlich unter der Wurmwindshaft dieser Gesetze stehen. Der Nichtkaufmann erhält von der Bank kein Geld, weil das Gesetz verbietet, von ihm einen dem jeweiligen Geldwerth entsprechenden Einsatz zu nehmen.

Bei der preußischen Bank tritt dieses Mißverhältniß besonders durch §. 6 der Bankordnung hervor, der feststellt, daß bei Lombardgeschäften der Satz von 6 Prozent nicht erhöht werden darf. Mit der Diskonto-städt plötzlich still. Wenn nun durch Bräunung auch suspendirt worden ist Kaufmann von Interesse, für welches Gesetzbuch eintreten, das in Kaufmanns aus seinen Handelsaufsichten sind von Lombardgeschäften der Gutsbesitzer daher am üblichen um jeden Preis veräußern und fördern muß.

die Staatsregierung bereits mit der den obwaltenden Umständen nicht empfiehlt, sich jedoch vorläufig nicht, weil die Nothwendigkeit derselben Jahre 1857 hervorgetreten sei. Es müssen und Korporationen sein, der Rest das Material zur Beurtheilung der Frage zu liefern.

Sachverständigen beizugeben. Der Druck dieser Beilagen ist nun vollen-det und dieser Tage unter den Mitgliedern des Bundes und der einschlä-gigen Ausschüsse zur Vertheilung gekommen. Es sind folgende: 1) König Friedrichs III. Theilungsrecht mit Herzog Johann, dem Jüngsten, vom 27. Januar 1567; 2) herzoglich schleswig-holstein-sonderburgisches Primogeniturstatut vom 27. December 1633; 3) König Friedrichs III. Antrag an Herzog Joachim Ernst zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Ploen vom 5. November 1665; 4) des Kaisers Franz I. Konfirmationsurkunde des zwischen König Friedrich V. und Herzog Friedrich Karl von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Ploen am 29. November 1756 geschlossenen Erbvertrages vom 5. März 1761; 5) Schreiben des Prinzen Friedrich Christian von Schleswig-Holstein an König Friedrich VII. von Dänemark vom 15. Januar 1859.

— Die gegenwärtigen Zollkonferenzen werden, wie die "Berl. Börs. Ztg." meldet, wahrscheinlich in Kurzem eine Vertagung erfahren und während der Vertagung Verhandlungen gepflogen werden, einerseits mit Ostreich wegen Erneuerung des Februarvertrages gemäß Art. 7 des Vertrages vom 28. Juni c., anderseits mit Frankreich wegen Abänderung und Ergänzung der Augustverträge gemäß der Zusage Preußens sub 10 des Schlusprotokolls in dem Vertrage vom 28. Juni c. Die Verhandlungen mit Ostreich, vorbereitet durch die Prager Besprechungen, dürfen nunmehr, einer früheren Verabredung entsprechend, Namens des Zollvereins durch Bevollmächtigte Preußens, Sachsen und Bayerns geführt werden, da durch den Beitritt Bayerns zum rekonstituierten Zollverein die Anstände beseitigt sind, welche bis dahin der Theilnahme eines bairischen Bevollmächtigten entgegenstanden. Als Ort der Verhandlungen wird neuerdings Dresden genannt. Die Verhandlungen mit Frankreich wird Preußen allein führen, kein Gegensatz derselben aber die Principien der Augustverträge verlegen. Die Ratifikation der letzteren Seitens aller Zollvereinstaaten dürfte mit einer befriedigenden Beendigung der Verhandlungen zusammenfallen, die nach kurzer Zeit in Aussicht steht, da zwischen Preußen und Frankreich wegen der betreffenden Punkte schon früher eine Verständigung eingeleitet sein wird.

— Nach einer Mitteilung der Oberpostbehörde in Warschau könnten gegenwärtig Geldsendungen nach Polen von sämtlichen polnischen Grenz-Postanstalten zur regelmäßigen Weiterbeförderung wieder übernommen werden. Es sind in Folge dessen die preußischen Postanstalten ermächtigt worden, Geldsendungen nach dem Königreiche Polen ohne die bisherigen Beschränkungen zur Post-Beförderung wieder anzunehmen.

— Die russische Regierung hat dem Baron v. Adlerskron die Koncession zum Bau und Betriebe einer Eisenbahn von Riga über Mitau und Libau bis zur preußischen Grenze bei Memel ertheilt. Das Projekt, die Tilsit-Insterburger Eisenbahn bis Memel resp. bis zur russischen Grenze fortzuführen, gewinnt dadurch große Aussichten auf Verwirklichung.

— Der Gerichts-Assessor v. Heydeck und der Kriminalprotokollführer Büttner standen vorgestern vor den Geschworenen, angeklagt der Aussstellung falscher Urkunden. Die bei den Untersuchungsrichtern des hiesigen Kriminalgerichts angestellten Protokollführer werden je nach der Zeit, welche ihre Arbeit in Anspruch nimmt, bezahlt; dem Angeklagten v. Heydeck war zur Last gelegt, daß er wissenschaftlich zu Gunsten des Protokollführers eine höhere Arbeitszeit und damit die Berechtigung zu höheren Diäten attestire habe, als derselbe wirklich zu beanspruchen hatte. Die Geschworenen erkannten jedoch auf Nichtigshuldig.

— Das Schwurgericht verhandelte vorgestern gegen den 17jährigen Schwindler G. H. Bartz, der zu Anfang dieses Jahres unter dem usurpierten Namen eines Grafen Dohna fälsche Wechsel bis zu 10,000 Thlr. anfertigte, durch Wechsel-Kommissionäre in Kours segte und in mehreren Hotels und an anderen Orten erhebliche Beträgerien verübt. Er war aller Schwindeleien geständig und wurde in Rücksicht auf seine Jugend zu 3 Jahren Gefängnis und 60 Thlr. Geldbuße verurtheilt.

Elbing, 11. Oktober. Gestern ist von unserem Kreisgerichte ein eigenhümlicher Prozeß in erster Instanz entschieden worden. Es war nämlich zur Zeit der vorjährigen Wahlbewegung in der Offizin der hiesigen Neumann-Hartmannschen Buchhandlung ein Flugblatt unter dem Titel: "Also Verständigung!" gedruckt worden. Nach Einreichung des Pflichtexemplars wurde jedoch dem Inhaber der genannten Buchhandlung, Herrn Schlömp, auf Veranlassung des damaligen Vertreters der Staatsanwaltschaft, Herrn Professor Wendt, die Anzeige gemacht, daß in dem Flugblatt verschiedene strafbare Stellen enthalten seien, und daß daher, falls die Buchhandlung nicht auf die Herausgabe verzichtete, dafselbe sofort mit Beschlag belegt und unter Auflage gestellt werden würde. Die Herausgabe unterblieb, da Herr Schlömp einer gerichtlichen Verfolgung sich nicht aussetzen wollte. Das Blatt selbst wurde jedoch bei G. Kreysing in Leipzig auf's Neue gedruckt und alsdann in Elbing vertheilt. Jetzt trat die früher angedrohte Beschlagnahme wirklich ein und Herr Schlömp, der um den Neudruck nichts gewußt hatte, wurde aufgefordert, als Zeuge entweder den Verfasser zu nennen oder zu beschwören, daß derselbe ihm unbekannt sei. Seine Weigerung, den Zeugen zu leisten, wurde nach einer Reihe von Beschwerden schließlich für unbestraft erklärt. Es blieb ihm daher nichts übrig, als zu bekennen, daß er selbst bei der Abschrift der Schrift in so weit betheiligt sei, als er einer Versammlung beigewohnt habe, in welcher über die Wortfassung derselben Beschluß gefasst wäre. Auf Grund dieses Befehlsschusses erhob denn der Staatsanwalt Herr Dahlström die Anklage und trug, unter Annahme mildernder Umstände, auf eine Geldstrafe von 20 Thlrn. an. Der Gerichtshof jedoch erkannte, daß die Flugschrift zwar mehrere unter die Bestimmungen der §§. 101 und 102 des Strafgesetzbuches fallende Stellen enthalte und daß der Angeklagte an der Abschrift derselben Urteil gehabt habe, daß er jedoch freigesprochen werden müsse, weil seine Theilnahme an der Veröffentlichung nicht erwiesen und nur diese, nicht aber die Abschrift, strafbar wäre. (N. Z.)

— Wie man der "Nat. Ztg." aus Frankfurt mittheilt, sind einige der als Originalurkunden dienenden Beilagen der Begründungsschrift des Herzogs Friedrich, welche derselbe der Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 23. August hat vorlegen lassen, an einigen Stellen so schwer zu entziffern und theilweise sogar defekt, daß man für gut befunden hat, bei dem Drucke derselben in der Person des Dr. und Notar Euler, Präsidenten des Alterthumsvereins in Frankfurt, einen

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgespal-tene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

* Glogau, 12. Okt. Unsere Stadt ist noch voll der ausschweifendsten Gerüchte über den von einigen Offizieren der hiesigen Garnison verübten Skandal. Von den beiden Mädchen, welche diese Herren Nächts bei sich beherbergten, ist eine in der Genesung, die Leiche der anderen durch Militärärzte obduziert worden. Es soll sich dabei herausgestellt haben, daß der Tod resp. die Erkrankung unzweifelhaft in Folge Erstickung durch Kohlendampf erfolgt sei. Auch die Offiziere sollen vorübergehend erkrankt sein. Die Beerdigung der 17jährigen Dame erfolgte, um beabsichtigte Demonstrationen des Publikums zu vermeiden, um 1/2 Uhr Morgens, nachdem das Publikum durch falsche Nachrichten über die Zeit des Begräbnisses getäuscht worden war. Die betreffenden Offiziere sind versezt und haben Glogau bereits verlassen.

Lautenburg, 8. Okt. Der Beigeordnete Vogel, welcher im vergangenen Winter mit dem nach Czarnikau versetzten Landrat v. Young vielfache Konflikte gehabt hat, ist gestern von der Anklage der Majestätsbeleidigung durch das Kreisgericht Strasburg freigesprochen worden. Er wird nunmehr sein Amt als städtischer Beigeordneter wieder antreten.

Destreich. Wien, 9. Oktbr. In einem besonderen, der „Wien. Zeitung“ beigefügten, von der Staatschulden-Central-Kommission des österreichischen Reichsraths verfaßten Ausweis über den Stand der gesammten österreichischen Staatschuld betrug Ende April 1864 die Staatschuld ohne festgesetzte Kapitals-Rückzahlung: Verzinslich 1,742,430,315 Fl. 10 Kr., unverzinslich 29,382 Fl. 84 Kr. Die Staatschuld mit festgesetzter Kapitals-Rückzahlung betrug verzinslich 61,195,735 Fl. 13 Kr., unverzinslich 220,508,943 Fl. 82 Kr. Gesamtsumme: 2,474,924,376 Fl. 89 Kr. Die einjährigen Zinsen und Zahlungen von dieser Gesamtschuld bezifferten sich mit 115,141,668 Fl. 41 Kr. Die Grundentlastungsschuld beträgt 521,548,968 Fl. 30 Kr. Die einjährigen Zinsen und Zahlungen hiervon betragen 26,077,443 Fl. 41 Kr. Wenn man den Stand der Staatschuld mit jenem zu Ende 1863 vergleicht, so ergibt sich bei der allgemeinen Staatschuld eine Vermehrung von 29,218,789 Fl. 35% Kr., bei der Schuld des lombardisch-venetianischen Königreichs eine Verminderung um 2,130,378 Fl. 20 Kr. und bei der Grund-Entlastungsschuld eine Vermehrung um 636,066 Fl. 20 Kr.

Wien, 10. Okt. Die „D. A. Z.“ kann heute noch bestimmt bestätigen, daß das Zustandekommen des definitiven Friedens mit Dänemark nach dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen nicht bloß vollständig gesichert erscheint, sondern nahe bevorsteht, näher als man meistens glaubt. Der ernste Wille, der jetzt endlich auf beiden Seiten erkennbar ist, zum raschen Abschluß zu gelangen, eignet die noch vorhandenen Schwierigkeiten, und der jetzt eingeschlagene Modus, welcher mit Umgehung der prinzipiellen Fragen einfach auf Grundlage der realen Verhältnisse eine billige Ausgleichung auszumitteln bestrebt ist, hat sich als vollkommen praktisch erwiesen. Die dänischen Bevollmächtigten haben privatim ihre feste Überzeugung ausgesprochen, spätestens zu Anfang November den signirten Friedensvertrag zur Ratifikation in Kopenhagen vorlegen zu können.

Wien, 12. Oktbr., Mittags. [Teleg.] Heute Nachmittag findet wieder eine Sitzung der Friedenskonferenz statt. Aus der schnellen Aufeinanderfolge der Sitzungen glaubt man in unterrichteten Kreisen eine weitere Bestätigung dafür entnehmen zu dürfen, daß eine gänzliche Verständigung bald zu erwarten ist. — In Regierungskreisen wird dem Gerüchte, Graf Rechberg habe seine Demission angeboten, entschieden widergesprochen.

Hannover. 10. Oktober. Die Kirchenvorstands- und Synodalordnung für die lutherische Landeskirche hat gestern die Genehmigung des Königs erhalten und wird die Promulgation des Gesetzes binnen Kurzem erfolgen. Damit ist die bisherige Konfessionalversaffung der Kirche in eine presbyterianische und synodale hinüber geleitet, wodurch zusammen mit der landesbischoflichen Gewalt und dem geistlichen Amte der Gemeinde zur Erfüllung der Aufgaben der Kirche berufen wird. Während bislang der Laienstand sich begnügen mußte, an den vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Kirche sich zu beteiligen, ist er jetzt auch berufen, auf dem inneren Gebiete zur Lösung der religiösen und sittlichen Aufgaben der Gemeinden mitzuwirken.

Bremen. Bremerhaven, 10. Oktober. Heute hat die Schraubensfregatte „Radekly“, welche nebst der Korvette „Friedrich“ und den beiden Kanonenbooten „Seehund“ und „Wall“ den Winter über in Geestemünde bleiben sollte, nach der „Weser-Ztg.“ Befehl erhalten, den anderen heimgekehrten österreichischen Kriegsschiffen zu folgen. Es heißt, daß die Fregatte „Radekly“ schon morgen in Begleitung des Aviso-dampfers „Elisabeth“, der hier auf der Rhede liegt, die Fahrt antreten wird. Die Panzerfregatte „Kaiser Max“, welche am vorigen Sonnabend in das Hafensystem von Geestemünde gelegt wurde, wird nur hier bleiben.

Der polnische Aufstand.

Kilka słów z powodu odezwy księcia Adama Sapiehy. (Einige Worte, veranlaßt durch den Erlass des Fürsten Adam Sapieha), Leipzig bei Wolfgang Gerhardt 1864, 8°. 48 S. (Schluß.)

II.

Indem ich diese schmerzerregende Skizze zeichne, wollte ich das Land durch eine möglichst ruhige und wahrheitsgetreue Zusammenstellung der Thatsachen überzeugen, im Namen welcher Grundsätze, zu welchen Zwecken und von welchen Leuten das ganze Werk begonnen und durchgeführt wurde. Waren die Auftreter so verbündet oder so einfältig, daß sie glauben konnten, es werde gelingen? Wie sind sie zu entschuldigen? Das Land hat sich 3 Jahre hindurch entwöhnt, nach eigener Überzeugung zu handeln, zu sprechen, zu denken, und hat so sehr die Sitte, durch Gerüchte sich leiten zu lassen, angenommen, daß heute noch Jeder, der seine gewissenhafte Überzeugung aussprechen will, sich umsieht, damit sein Wort nicht aufgegriffen werde. Es war also nötig, die ganze Wahrheit zu sagen, denn es mußte nichts, sich selbst zu belügen im Angesichte der schrecklichen Wirklichkeit. Polen liegt wie ein Lazarus zwischen zwei Herrn. Einerseits wird es von der Verschwörung, andererseits von Russland hin und hergerissen. Es bedarf der Ruhe, um seine Wunden auszuheilen, um sich aufs Neue zu organisieren, um in neuen Bedingungen ein neues Leben zu beginnen; aber die sich ihm aufdringenden Retter wollen dies nicht zulassen. Es sind der Experimente am Leibe des eigenen Vaterlandes wahrlich genug!

Aber es ist auch Zeit, uns von dieser Vormundschaft zu emanzipieren; es ist Zeit selbstständig zu denken. Merkwürdig, in Polen ist die Furcht, sich in öffentliche Dinge einzulassen, so groß, daß bei der besten Überzeugung, bei der größten Opferwilligkeit Niemand es wagt, mit führer Initiative, die ihm eine Verantwortung auferlegen würde, die Stimme zu erheben! Was wäre das für eine Gesellschaft, in der Niemand so

viel Seelenstärke besäße, um die Verantwortung für seine Überzeugung zu übernehmen. Daher erachte ich es für die erste Bürgerpflicht, heute wenigstens, wo alle Anstrengungen sich bereits als erfolglos erwiesen haben, sich nicht mehr von Schrecken und Täuschung beherrschen zu lassen, sondern offen der National-Regierung den Gehorsam aufzukündigen, mit der Verschwörung, welcher Natur sie auch sei, zu brechen, jede geheime Behörde zu desavouiren, zu allen geheimen, wenn auch noch so erhabenen Zwecken nicht bloß heute, sondern für immer das Geld zu verwiegern, keine läufigen Adressen zu schreiben, die, wenn sie erzwungen würden, zu entschuldigen sind, aber in jedem Falle den National-Charakter beklecken. Die russische Regierung hat kein Recht, Dankbarkeit, Liebe, Treue von uns zu fordern, wir fragen diese Gefühle auch nicht in unserm Herzen; aber da sie gesiegt hat, so hat sie ein Recht, Gehorsam zu fordern, daß wir ihr keinen Widerstand leisten und nicht mehr konspirieren. Heute sind Demonstrationen, Organisation u. s. w. nichts Ehrenhaftes, sondern Dummkopfheit. Auf diese Weise die Grausamkeiten der Regierung zu provozieren und dann Europa mit herzerreißenden Szenen zu erfüllen, ist nutzlos. Diese Szenen sind dem Westen schon überdrüssig; wir gewinnen damit höchstens die Sympathien der Zeitungsschreiber, aber auch die müssen wir noch teurer bezahlen. Wie ein Bettler, der noch ein Gefühl für Ehre hat, seine Wunden nicht vor Jedermann aufdeckt, so möchte ich lieber, daß mein Vaterland sich nicht so oft an das Mitleid wende, von dem es beständig getäuscht wird. Man wirft uns ein Stück Brod hin und dann spricht man unter einander: „Was wollen diese Leute von uns? Wozu sollen wir die Strafe für ihren Leichtsinn bezahlen?“ Wir haben heute nötig, nicht zu klagen, denn es erhört uns Niemand; nicht Demonstrationen zu machen, denn davor fürchtet sich Niemand, sondern nach so schrecklicher Erfahrung zur Arbeit zurückzufahren.

Die Revolution hat ihre eignen politischen Mittel. Daß unsere Gesellschaft noch schwach war, konnte Jeder, sogar vor Eintritt der Er-

lung und aus einer Sanitäts-Kompagnie, zusammen aus circa 200 Offizieren und 4000 Mann.“

— „Kolding Avi“ vom 6. Oktober schreibt: Außer der Truppenstärke, welche von den jetzt hier einquartierten Truppen zurückbleibt und deren Größe uns nicht aufgegeben werden ist, werden in diesen Tagen hier einquartiert werden: vom Infanterie-Regiment Belgien: 57 Offiziere, 1877 Mann und 64 Pferde; die Brigade-Batterie Nr. 4 mit Bedeckung: 5 Offiziere, 186 Mann und 28 Pferde, und ferner von der Artillerie: 12 Offiziere, 296 Mann und 405 Pferde; ein Zug Dragoner: 1 Offizier, 24 Mann und 32 Pferde; eine Sanitäts-Abtheilung: 2 Offiziere, 46 Mann und 20 Pferde. Im Ganzen: 77 Offiziere, 2429 Mann und 649 Pferde.

Kopenhagen, 9. Oktober. Der neu gestiftete August-Verein scheint sich allmälig zu entwickeln. Es befinden sich in demselben Männer aus allen Ständen, und er hat sich zur Aufgabe gestellt, daß Band zwischen König und Volk zu stärken und zu befestigen, so wie die Bedeutung des Königthums geltend zu machen und einzuschärfen, jedes Bestreben zu unterstützen, welches ein freies und selbstständiges Staatsleben wahrt und aufrechthält und dahin zu wirken, daß die politische Entwicklung in gemäßigter und freisinniger Richtung vorangehe, wahrhaftige Berichte über den inneren und äußeren Zustand des Landes und die nothwendige Wechselwirkung zwischen beiden zu verbreiten, dem Verfusche der Presse, Parteiansichten als Ausdruck des Volkswillens erscheinen zu lassen, entgegenzutreten. Der Verein will Flugschriften herausgeben, wo möglich auch eine Zeitung stiften und Zusammenkünfte veranstalten. Unter den Stiftern des Vereins findet man Obergerichtsprüflern, Geheimer Legationsräthe, Offiziere, Professoren, eben so wie bedeutende Kaufleute und Fabrikanten. Der Vorstand des August-Vereins hat Ende vorigen Monats eine Art von Manifest in der „Berlingschen Zeitung“ erscheinen lassen. (N. A. Z.)

Kopenhagen, 11. Oktober, Vormittags. [Teleg.] „Filzposten“ zwisces ist Kapitän Schöller von hier nach Wien zurückgereist. Überbringt derselbe die Bestätigung seiner Regierung zu regulirung betreffenden Uebereinkommen der Konferenz. — In Abendzeitung des Folkelings erklärt der Minister des Leges der Adressdebatte: die Regierung wolle sich über Wiederaufnahme des Staatsgrundgesetzes vom Jahre 1849 entscheiden noch binden, Veränderungen an demselben vornehmen werden.

Naggen, 11. Oktober, Abends. [Teleg.] Der Großherzog Nikolaus ist heute Abend mit dem gewöhnlichen Zuge abgereist. Der Kronprinz begleitete denselben nach dem Hagen. Wie es heißt, wird der Prinz von Wales noch 8 Tage

in Hagen bleiben.

Frankreich.

Paris, 10. Oktbr. Die Nachrichten aus Algerien sind fortwährend sehr wenig zufriedenstellend. Die Insurrektion gewinnt trotz der kleinen Niederlagen, die sie in den letzten Tagen erlitten, an Umfang, und die Verstärkungen, die man in den letzten vierzehn Tagen nach der französischen Kolonie absendet — gestern gingen wieder zwei Regimenter ab —, belaufen sich auf nahe an 30,000 Mann. Es scheint, daß die Insurrektion unbedeckt wird, zumal man in Unbetracht der Verhältnisse in Europa, in Afrika Ruhe haben will. Der Herzog von Magenta hat deshalb auch gefordert, mit größter Energie vorzugehen. — Die „Patrie“ erklärt heute, daß die projektierte Vermehrung der Festungswerke von Metz nicht in der geringsten Beziehung zur jetzigen politischen Lage der Dinge stehe. Es handelt sich einfach um die Einführung eines Fortifikationsystems für Frankreich, das mit der neuen Artillerie in Einklang steht. — Nach dem „Abend-Monitor“ ist das erste Detachement der belgischen Freiwilligen der mexikanischen Legion von Brüssel nach St. Nazaire abgegangen, um sich dort einzuschiffen. — Auf der Insel Oléron haben sich von 300 Militär-Sträflingen 15 empört, 5 der selben waren bewaffnet. Sie wurden wieder eingefangen, doch bei dem Kampfe, der statt fand, zwei Sträflinge getötet und einer verwundet. Man hatte zuerst große Befürchtungen, daß die übrigen Sträflinge sich ebenfalls an der Revolte beteiligen würden. Man hätte denselben nur die 70 Mann der Citadelle entgegenstellen können. — Calderon Collantes, spanischer Minister des Auswärtigen unter Marschall O'Donnell ist in Paris gestorben. — Vor einigen Tagen gaben die in Paris anwesenden dänischen Christsteller (es sind deren vier: Bille, Redakteur des „Dagblad“, Hansen, der „Pres-Agent“, Adler, Mitglied des dänischen Reichsraths, und Schmidt) den französischen Journalisten, welche der dänischen Frage während, vor und nach dem Kriege ihre Feder gewidmet, ein großes Bankett. Diese Journalisten waren an der Zahl zehn, nämlich: Grandguillot, Direktor des „Pays“ und des „Constitutionnel“, Grenier, Redakteur

eignisse beurtheilen. Statt die Kräfte durch natürliche Mittel, wie Wissenschaft, Arbeit, Gesetzgebung, zu verstärken und so zu Reichthum, Verstand und Überlegenheit im Norden Europas zu gelangen, wollte sie durch das System der Aufrichtung die letzten Kräfte des Landes heben. Mothos und Galvanismus können die Kräfte des Sterbenden augenblicklich heben, aber es folgt dann um so größere Ermattung. So reizte man die Lebenskraft der polnischen Gesellschaft durch künstliche Mittel und gegenwärtige Kräfte werden durch gesunde Nahrung geweckt, die in normalen Bedingungen genossen wird. An diesen Bedingungen fehlt es uns gewiß; denn bei dem Kriegszustande, den Rusland über das Königreich Polen verbürgt hat und der sich in die Länge zieht, ist jede Lebensäußerung, jede organische Verbindung unmöglich. Die Ufase vom 2. März waren die Folge des Beschlusses des Centralkomite's vom 22. Januar (1863), durch welchen den Bauern der Bins erlassen wurde. Diese Folge sah jeder Vernünftige voraus, und Jeder, der nur etwas bürgerlichen Mut hatte, sagte sie vorher. Wenn die Ufase und die gegenwärtigen Regulirungskommissionen die Tagelöhner und das Hofsind mit Grundeigenthum befreien, so war die Nationalregierung für dieselben nicht weniger freigiebig in ihren Vertheilungen. Beide Gesetze sind aus einer Schule hervorgegangen, beide hatten denselben Zweck: Die Vernichtung des großen Grundbesitzes. Doch sehen wir uns die Ufase vom 2. März etwas näher an, so gewinnen wir die Überzeugung, daß sie einen tendenciosen und polizeilichen Charakter haben und daß sie ihrer Natur nach sehr elastisch sind, was auch hohe russische Beamte schon eingestanden haben. Man mußte also damals und muß heute noch durch entschiedene Maßnahmen beweisen, daß man mit der Verschwörung und mit dem Aufstande bricht.

Jede Doppelzüngigkeit ist hier unzulässig. Es geht nicht, daß man die Salons des Generals Berg besucht, und darauf achtet, was die Verschwörung sagt, und daß man dieser den Gehorsam nicht aufklärt.

